

Der Einfluss der Globalisierung auf den Niedergang der Volksparteien in der Bundesrepublik

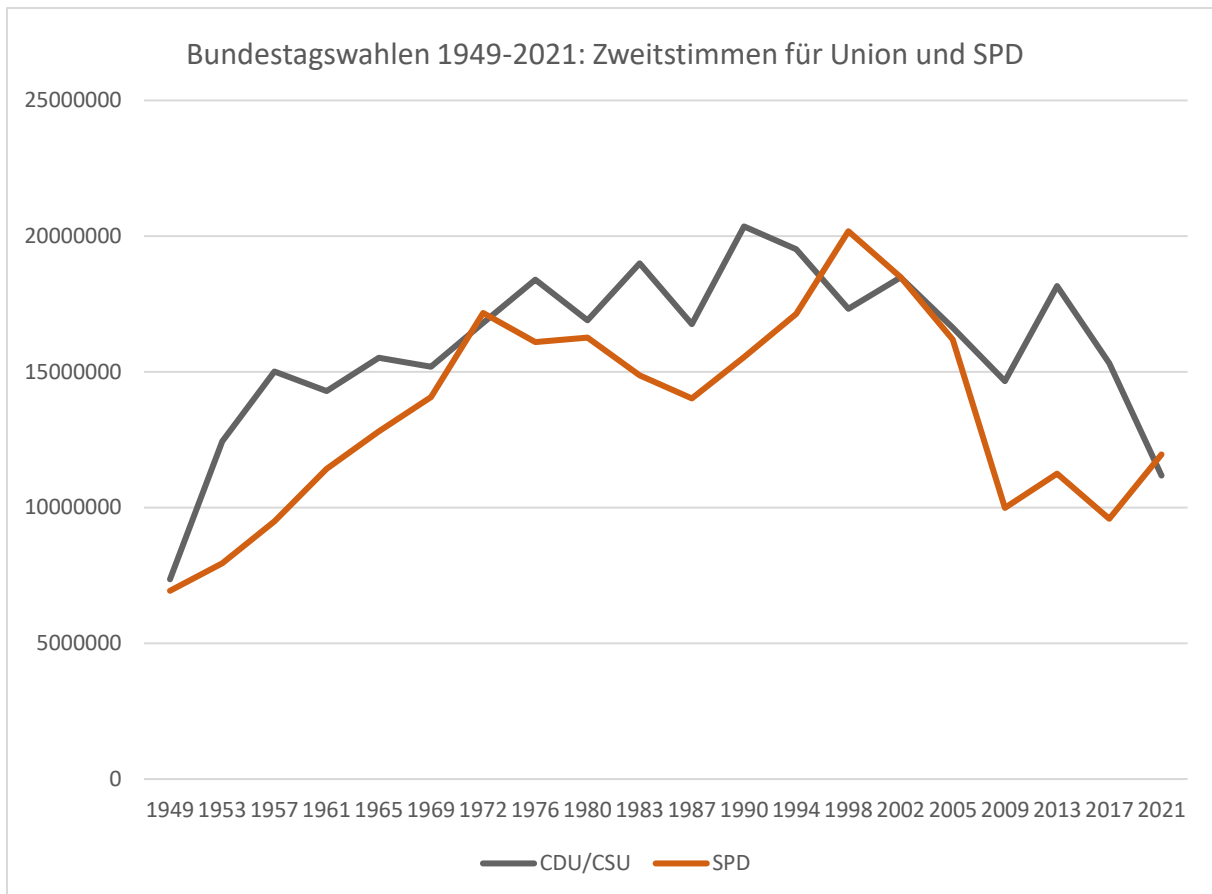
von Ulrich Menzel

Die Bundestagswahl des Jahres 2021 hat den schon lange diskutierten Befund vom Niedergang der Volksparteien eindrucksvoll bestätigt. Während dieser sich für die SPD bereits mit der Bundestagswahl 2009 manifestierte, als sie weniger als 10 Mio. Stimmen erzielte und damit wieder bei der Größenordnung von 1957 angelangt war, bestätigte er sich jetzt auch für die Union, die mit gut 11 Mio. Stimmen schlechter als 1953 abschnitt, obwohl es 1953 wie 1957 und damit vor der Wiedervereinigung viel weniger Wahlberechtigte gab und das Wahlalter 1970 von 21 auf 18 gesenkt worden war.

Bei der Ursachenforschung verweist ein Strang der Literatur auf die personellen Querelen, parteiinternen Machtkämpfe und den häufigen Wechsel des Führungspersonals, die SPD wie CDU in den letzten Jahren ausgezeichnet haben.¹ Auch wenn die Bedeutung eines akteursorientierten Ansatzes nicht grundsätzlich geleugnet wird, so soll doch hier ein struktureller verfolgt werden.² Verschleiert wurde der Niedergang der Volksparteien, die zu ihren besten Zeiten bis zu 90 Prozent der Wählerschaft an sich binden konnten, durch den Umstand, daß die Wahlberichterstattung und deren Analyse immer nur mit relativen Zahlen operiert. Wieviel Prozent hat eine Partei gegenüber der letzten Wahl gewonnen oder verloren? Wieviel Prozent hat sie mehr oder weniger als der politische Gegner erhalten? Welche relative Verteilung ergibt sich daraus im Parlament als dem eigentlichen politischen Ergebnis der Wahl? Aufgrund der wachsenden Zahl von Überhang- und Ausgleichsmandaten wird der Bundestag immer weiter aufgebläht, so daß sich eine Niederlage gar nicht in einer rückläufigen Zahl von Mandaten niederschlagen muß und wie ein Pflaster auf die Wunden der Verlierer wirkt. Da die Gewinner einen zusätzlichen Bonus kassieren, sind beide nicht an einer Reform des Wahlrechts interessiert. So konnte die Union 2009 als große Wahlsiegerin gefeiert werden, obwohl sie 2 Mio. Stimmen weniger als 2005 erreicht hatte. Da die SPD mehr als 6 Mio. Stimmen abgegeben hatte, reichte es **relativ** für einen Zuwachs. Die 8 Mio. verlorenen Stimmen beider Parteien wanderten aber nur zum geringeren Teil zu FDP, Grünen und Linken. Das eigentlich herausragende Ergebnis der Wahl war, daß das Lager der Nichtwähler von 13,8 auf 18,2 Mio. angeschwollen war, was den Kommentatoren allenfalls eine Randnotiz wert war.

¹ Z.B. der „Spiegel-Bestseller“ von Robin Alexander, Machtverfall. Merkels Ende und das Drama der deutschen Politik: Ein Report. München 2021.

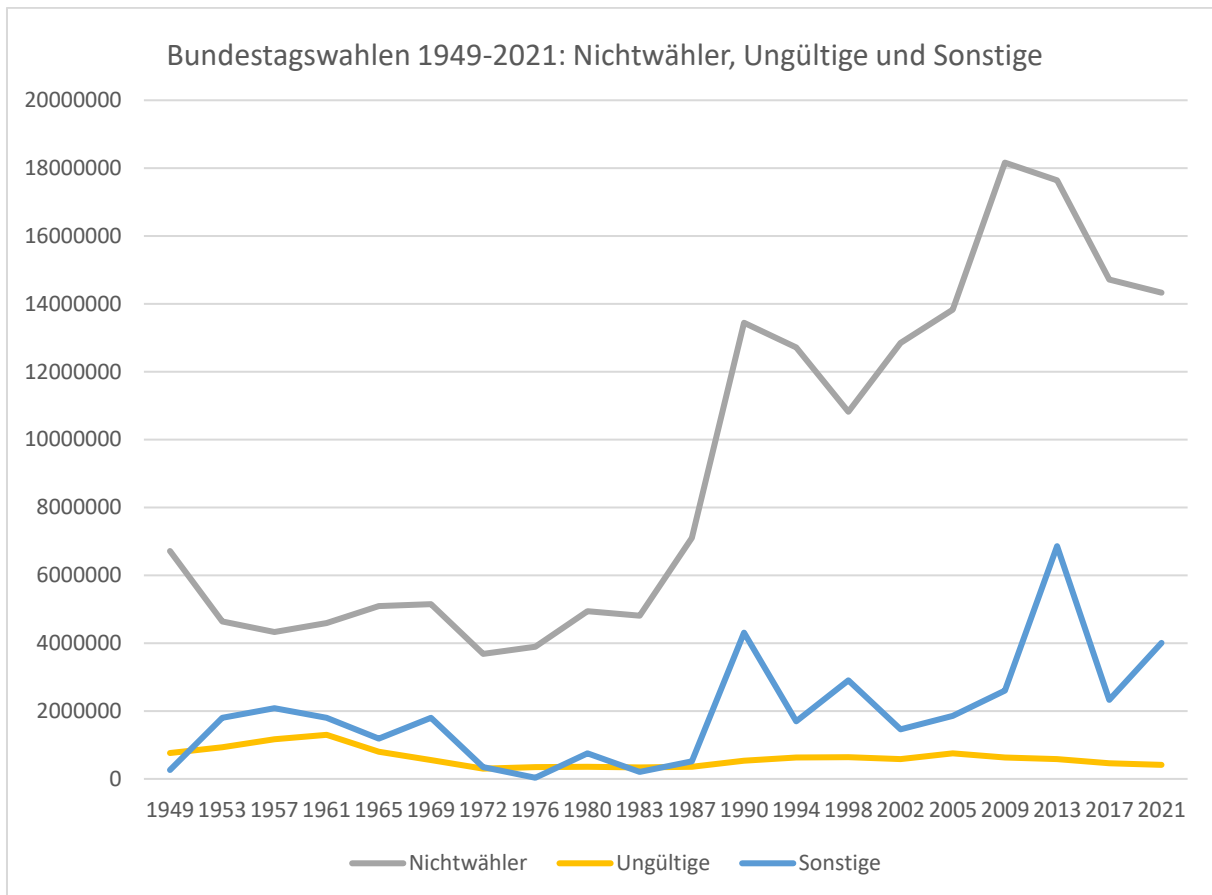
² Die hier verwendeten Daten als Grundlage der Graphiken sind ausführlich dokumentiert in Ulrich Menzel, Der Niedergang der Volksparteien und der Umbruch des Parteiensystems. In: Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft, Jahrbuch 2018. Braunschweig 2019, S. 281-320; ders., Der Niedergang der Volksparteien und der Strukturwandel des Parteiensystems. Teil II. In: Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft, Jahrbuch 2019, Braunschweig 2020, S. 80-98. Die Fortschreibung für die Jahre 2019-2021 basiert auf den Angaben des Bundeswahlleiters bzw. der Parteien.



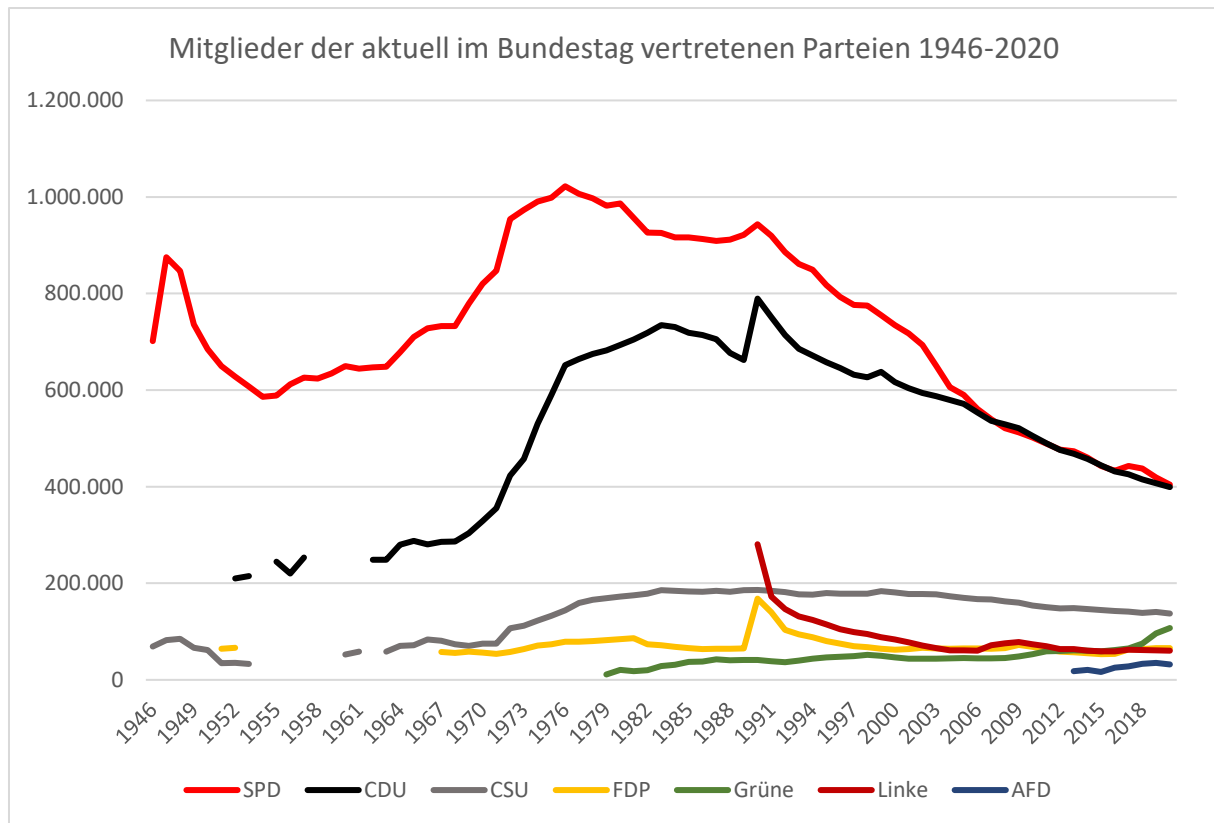
Demnach haben SPD und Union seit 1949 einen stetigen Aufwärtstrend erfahren, weil sie die kleinen Parteien am linken und rechten Rand des Spektrums, die in den drei ersten Bundestagen noch vertreten bzw. an der Fünf Prozent-Hürde gescheitert waren, aufgesogen. 1961 hatte sich die vertraute Struktur von zwei großen und einer kleinen Partei (FDP) etabliert, die im politischen Farbenspiel die Deutschlandfahne schwarz-rot-gold (gelb) abbildet. 1990 hatten die Union, nicht zuletzt vereinigungsbedingt, mit 20,4 Mio. Stimmen und 1998 die SPD mit 20,2 Mio. Stimmen ihren absoluten Höhepunkt erreicht. Seitdem haben beide fast eine Halbierung ihrer Stimmen auf 11,2 Mio. (Union 2021) bzw. 9,6 Mio. Stimmen (SPD 2017) hinnehmen müssen. Von Volksparteien kann wahrlich keine Rede mehr sein. Parallel zum Abstieg hat sich das Spektrum der im Bundestag vertretenen Parteien wieder gespreizt mit den Grünen seit 1983, der Linken seit 1990 und der AFD seit 2017, was neue Koalitionskonstellationen nicht nur möglich macht, sondern sogar erzwingt, weil selbst eine „Groko“, mittlerweile ein antiquierter Begriff, keine Mehrheit mehr garantiert.

Der eigentlich frappierende Befund ist der rasante Zuwachs der Nichtwähler, die 1972 auf dem historischen Tiefpunkt von 3,7 Mio. gelandet waren und bis 2009 auf 18,2 Mio. zugenommen haben. Daß deren Zahl in den letzten beiden Wahlen wieder rückläufig war, täuscht, weil gleichzeitig die Zahl der Wähler, die auf Splitterparteien entfallen, drastisch zugenommen hat von bloß 33.600 (1976) auf 4 Mio. (2021). Die hohen Werte für 1990 und 2013 täuschen, da erst die Grünen und dann die FDP knapp an der Fünf Prozent-Hürde gescheitert waren. Rechnet man noch die Zahl der ungültig Wählenden, auch eine Wahlalternative, hinzu, die um die 500.000 schwanken, ergibt sich ein stabiler Sockel von etwa 18,5 Mio., die entweder nicht wählen, ungültig wählen oder für Splitterparteien votieren, die

keine Chance auf den Einzug in den Bundestag haben – alles Varianten von Bequemlichkeit über Desinteresse bis Protest mit Schnittmengen zum volatilen Wählerpotential der AFD und im Osten der Linken, die kein Problem haben, direkt zur AFD zu wandern.



Ein ähnliches Bild bietet die Mitgliederentwicklung der Parteien. Nach starker Fluktuation und aufgrund einer unklaren Datenlage mit Mehrfachzählungen in der Frühphase der BRD hatten zuerst die SPD und wenig später die CDU einen starken Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Die SPD erreichte den Gipfel 1976 mit 1.022.191, eine Folge der Mobilisierung in der Brandt-Ära und der Sozialliberalen Koalition, die CDU 1990 mit 789.609, eine Reaktion auf Kohl, die Wiedervereinigung und die Komplettübernahme der Blockpartei CDU-Ost. Zählt man die CSU mit 186.198 hinzu, kamen beide Volksparteien in die lichte Höhe von 1 Mio. Seitdem marschieren beide im Gleichschritt abwärts und waren Ende 2020 in der trüben Dunkelheit von 404.305 (SPD), 399.110 (CDU) bzw. 137.000 (CSU) angekommen – für eine Volkspartei definitiv zu wenig, ist doch jedes Mitglied ein Multiplikator für die Wählerschaft.



Parallel dazu veränderte sich die Altersstruktur der Parteien. Weil in der Aufschwungphase viele junge Mitglieder eingetreten waren, sank der Altersschnitt, in der Abschwungphase nahm der Schnitt wieder zu, weil weniger (Junge) eintraten als starben, austraten oder ausgeschlossen wurden wegen säumiger Mitgliedsbeiträge. Ein Teufelskreis. Je älter die Parteimitgliedschaft wird, desto weniger attraktiv ist sie für potentielle junge Neumitglieder. Bei den Grünen ist es genau umgekehrt. Sie sind von den bescheidenen Anfängen 1979 mit 11.156 Mitgliedern mittlerweile auf 107.307 (Ende 2020) gewachsen, wobei sich der Zuwachs seit 2017 beschleunigt. In Bezug auf das Durchschnittsalter sind sie deshalb jung geblieben. Ein Engelskreis. Die Mitgliedschaft der FDP schwankt durchgängig um die 65.000. Der Peak des Jahres 1990 war wie bei der CDU ein flüchtiger Mitnahmeeffekt der anderen Blockpartei LDP. Die Linke hat (relativ) den dramatischsten Mitgliederschwund zu verzeichnen von 280.882 (1990) auf nur mehr 60.350 (Ende 2020), handelt es sich doch nicht um eine neue, sondern eine ganz alte Partei, die erst in der KPD, dann der SED und zuletzt der PDS ihre Wurzeln hat. Aufgrund der noch lebenden ehemaligen SED-Kader hat sie den höchsten Altersdurchschnitt aller Parteien. Bleibt die AfD, deren Aufwärtstrend von 17.687 (2013) auf 32.000 (Ende 2020) immer wieder gebrochen bzw. abgebrochen wurde durch die mehrfachen Häutungen, die den bürgerlich-konservativen Teil abgestoßen haben. Eine klassische konservative Partei wie etwa in England fehlt im deutschen Parteienspektrum. Diese Facette wird von der Union nur zum Teil bedient, wirkt doch immer noch die Zentrumstradition fort. Aus diesen Trends resultieren ganz unterschiedliche Relationen zwischen Mitglieds- und Wählerschaft im Zeitverlauf, die eine eigene Analyse wert sind.

Soweit die Empirie. Zu deren Erklärung bieten sich zwei Theorien an. Die erste ist die von Lipset und Rokkan 1967 formulierte Cleavage-Theorie.³ Sie besagt, daß Parteien, die zu Massenparteien werden und nicht Honoratiorenparteien bleiben wollen, sich an innergesellschaftlichen Konflikt- oder Bruchlinien zu orientieren haben. Im 19. Jhd. waren das die Cleavages zwischen Kapital und Arbeit, Staat und Kirche, Stadt und Land sowie Zentrum und Peripherie aus Mehrheitsgesellschaft und ethnischen,

³ Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan, Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction. In: Dies. (eds.), Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. New York 1967. S. 1-64.

nationalen oder religiösen Minderheiten. Im Deutschen Reich war die erste für die SPD relevant, die zweite für das Zentrum, das zusammen mit der Bayerischen Volkspartei die katholische Minderheit im Reichstag vertrat, während die Protestanten wegen der Nähe von Thron und Altar gerade in Preußen einer politischen Partei nicht bedurften. Die dritte markierte die Interessenlage der städtisch-gewerblichen Bevölkerung, die von den Liberalen vertreten wurde, und der ländlich-agrarischen, die von den Konservativen bedient wurde. Die vierte war weniger relevant, auch wenn es politische Vertretungen der Polen, Dänen und Franzosen (Elsaß-Lothringen) gab.

Die zweite Erklärung bzw. Theorie lautet, daß Massenparteien bzw. Volksparteien in sie tragende sozialen Milieus verankert sein müssen. Für die SPD war das das gewerkschaftliche Milieu, das nicht nur aus den Gewerkschaften, sondern auch dem dritten Bein der Arbeiterbewegung, den Genossenschaften, bestand, ferner ihrer Presse, den Verlagen, Bildungseinrichtungen und den vielen Verein vom Fußball (Eintracht oder Rot-Weiß) über die Bergmannskapelle bis zu den Taubenzüchtern. Für Zentrum/BVP und nach 1945 CDU/CSU war es das kirchliche Milieu, das nicht nur aus den Kirchen, dem Kirchenjahr und der Begleitung der Familienfeste von der Taufe bis zur Beerdigung, sondern auch den vielen kirchlichen Institutionen bestand vom Kindergarten über die Schule bis zu Alten- und Krankenpflege, den Jugendorganisationen, Kirchenchören und Bibelkreisen. Auch die katholischen Gewerkschaften gehören dazu. Liberale und Konservative waren nicht in vergleichbar breite Milieus eingebettet, sondern blieben dem Typus der Honoratiorenparteien mit ihren persönlichen Netzwerken verhaftet, was für die FDP bis heute gilt.

In dem Maße, wie der Strukturwandel von der Agrar- über die Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft bis hin zur virtuellen Ökonomie des Internets Platz greift, werden die alten gesellschaftlichen Bruchlinien geschliffen. Der Aufstieg Ost- und Südasiens zur „Werkstadt der Welt“ wurde erkauft mit dem Niedergang der alten Industrieregionen des Westens. Hier kommt der Faktor Globalisierung ins Spiel, die sich, anders als Ricardo argumentiert, als Nullsummenspiel erweist. Die neue internationale Arbeitsteilung, aber auch die Automatisierung und Digitalisierung führen dazu, daß es hierzulande immer weniger Arbeiter, immer weniger Gewerkschafts- und Genossenschaftsmitglieder gibt. Man denke nur an das Schicksal von Konsum, Neue Heimat, Bank für Gemeinwirtschaft und Volksfürsorge. Kennzeichen der Globalisierung sind auch Prozesse der Säkularisierung und des kulturellen Wandels, die gerade die Kirchen betreffen mit der Folge von Mitgliederschwund, rückläufiger Kirchensteuer und der Notwendigkeit, kirchliche Leistungen zu reduzieren und Institutionen ganz abzubauen.

Umgekehrt haben sich neue Cleavages gebildet, die zu Zeiten von Lipset und Rokkan noch unbekannt waren. Gemeint ist die Konfliktlinie zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung nicht nur im Weltmaßstab, sondern auch innerhalb der ehemaligen Industriegesellschaften. Die Gewinner sitzen in den Metropolen und arbeiten in den expandierenden Branchen des Fire-Sektors (Finance, Insurance, Real Estate). Seit der Finanzkrise und der Null Zins-Politik zu ihrer Bekämpfung ist die Immobilienbranche besonders betroffen. Die Verlierer der Globalisierung sitzen in den alten Industrieregionen, da wo sich die Industriebranche ausbreitet, im Rostbelt der USA, in den englischen Midlands, wo die Industrielle Revolution ihren Ausgang nahm, im Nordosten von Frankreich oder im Ruhrgebiet. Hierzulande gibt es sogar die doppelten Verlierer, erst der Wiedervereinigung und dann der Globalisierung, ist der deutsche Osten doch erst seit 1990 mit der Globalisierung konfrontiert worden. Die zweite neue Konfliktlinie ist die zwischen Ökonomie und Ökologie – auch ein Resultat der Globalisierung. Die vielen Beispiele, etwa der Energieverbrauch des weltweiten Gütertransports, aufzuzählen, erübrigt sich.

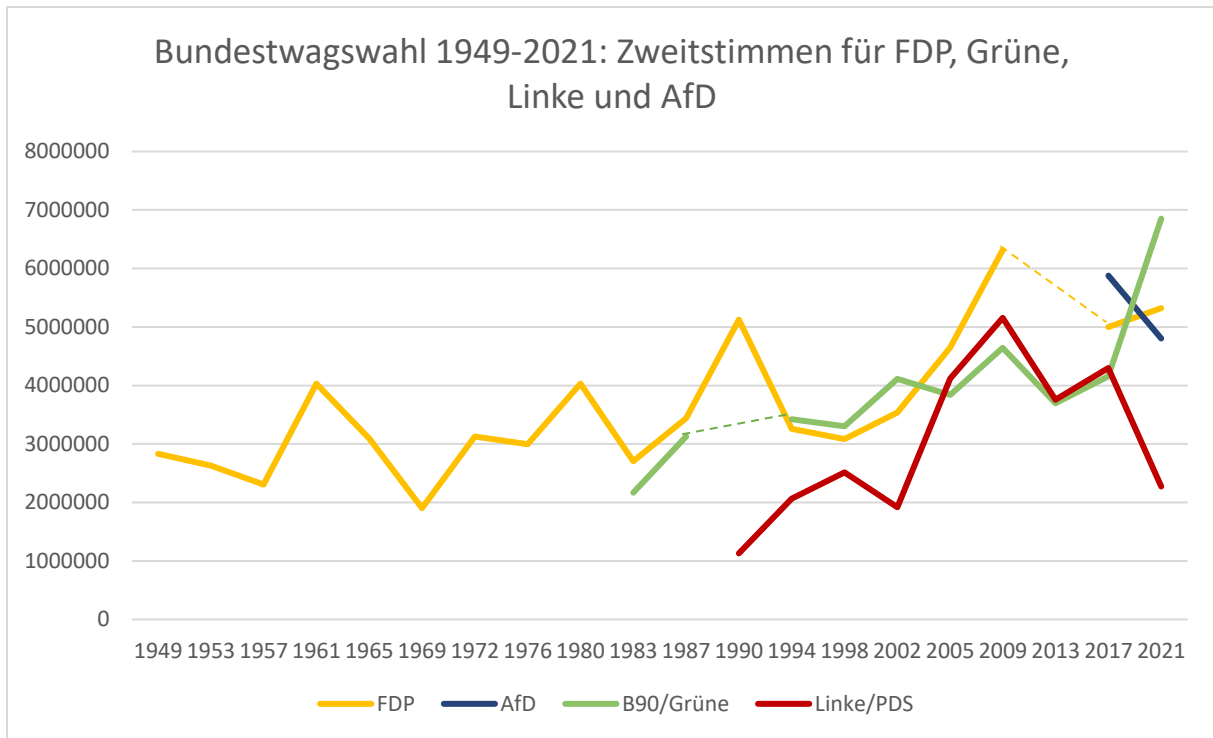
Was bedeutet das für die Milieus? Auf der einen Seite zerbröseln das gewerkschaftliche Milieu genauso wie das kirchliche mit den genannten Konsequenzen für Mitgliedschaft und Wählerschaft von SPD, Linken, CDU und CSU. Die FDP ist nicht betroffen, gehören ihre Mitglieder und Wähler doch

eher zu den Gewinnern der Globalisierung. Gleichzeitig haben sich zwei neue Milieus etabliert, die hier als das kosmopolitische und das populistische bezeichnet werden.⁴ Im kosmopolitischen Milieu versammeln sich die Gewinner der Globalisierung, die mit den überdurchschnittlichen Einkommen, die Gebildeten, die Weitgereisten, die Fremdsprachenkundigen, die Globalisierung auch in kultureller Hinsicht als Bereicherung empfinden. Hierzu gehört paradoxerweise auch ein Teil der Globalisierungskritiker, der durch den Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie mobilisiert wird. Dieses Milieu wurzelt in der 68er Bewegung, der Friedensbewegung, den Dritte Welt-Gruppen, den Anti-AKW- und Umweltgruppen, den Menschenrechts-, Feminismus- Gender- und neuerdings Flüchtlingsinitiativen. Auch wenn seine Mitglieder überwiegend einen bürgerlichen Hintergrund haben, so verstehen sie sich zwar nicht mehr sozio-ökonomisch, aber doch kulturell als links. Alles das erklärt den Aufstieg der Grünen, zwar (noch) nicht zur Volkspartei, aber zu einer neuen bürgerlichen Partei mit wachsender, wenn auch nicht widerspruchsfreier, Schnittmenge zur FDP und abnehmender Schnittmenge zur SPD. Insofern ist die neue Koalitionsregierung nicht nur das arithmetische Resultat der Wahl bzw. der falschen personellen Entscheidungen für die Spitzenkandidatur bei Union (Laschet statt Söder) und Grünen (Baerbock statt Habeck), sondern zutiefst strukturell bedingt.

Auch die Etablierung des populistischen Milieus ist eine Reaktion auf die Globalisierung – in sozioökonomischer Hinsicht durch den Verdrängungswettbewerb, in kultureller Hinsicht durch die Migration insbesondere dann, wenn der Faktor Islam hinzukommt. Hier wird Globalisierung nicht als Bereicherung, sondern als Bedrohung empfunden, nicht zuletzt deshalb, weil die eigentliche Integrationsarbeit nicht in den gutbürgerlichen Vierteln der Kosmopoliten, sondern in den sozialen Brennpunkten geleistet werden muß. In den neuen Ländern kommt der vereinigungsbedingte Verdrängungswettbewerb hinzu – auch innerhalb Deutschlands ein Nullsummenspiel. Aus dem populistischen Milieu rekrutieren sich in den USA die Trump-Wähler, in England die Brexit-Befürworter, in Frankreich der Front National, in Italien die Lega Nord und in Deutschland die AFD. Untereinander widersprüchliche Komponenten des Milieus sind die Reichsbürger, die Identitären, Verschwörungstheoretiker, Pegida, alte und neue Nazis, Esoteriker, Impfgegner, Sekten, aber auch alte Waffennarren und neue Kampfsportgruppen, Rocker, Hooligans und radikale Fangruppen des Fußballs. Zwischen AFD-Wählern, rechtsradikalen Splitterparteien, Nichtwählern und ungültig Wählenden sind die Grenzen fließend, weshalb auch die Mitglied- und Wählerschaft der AFD sehr volatil ist. Bei ihr beträgt die Relation etwa 1 : 120, während sie bei SPD und Union nur 1 : 20/30, bei den Grünen 1 : 64 und bei der FDP 1 : 80 beträgt.

Solange die neuen Bruchlinien sich weiter schärfen und die neuen Milieus weiteren Zulauf bekommen, werden der Niedergang der alten Volksparteien und der Strukturwandel des Parteiensystems sich fortsetzen unabhängig von der Frage, welche personellen Angebote die Parteien machen. Selbst ein künftiger Bruch der Koalition aus den genannten strukturellen Gründen ist nicht auszuschließen, weil ihre Vorhaben (Digitalisierung, ökologischer Umbau der Wirtschaft) Konsequenzen für die alten wie die neuen Bruchlinien haben und damit auch die alten und neuen Milieus, in denen die Koalitionsparteien verankert sind, stärken oder weiter schwächen.

⁴ Vgl. dazu mit anderer Terminologie Wolfgang Merkel, Kosmopolitismus versus Kommunitarismus. Ein neuer Konflikt der Demokratie. In: Philip Harfst u.a. (eds.), Parties, Governments and Elites: The Comparative Study of Democracy. Wiesbaden 2017, S. 9-23.



B90/Grüne 1990 und FDP 2013 an der Fünfprozent-Hürde gescheitert